



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.5011.02

WSD/P075011

Basel, 28. März 2007

Regierungsratsbeschluss
vom 27. März 2007

Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend Bevölkerungsentwicklung

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 17. Januar 2007 die nachstehende Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend Bevölkerungsentwicklung dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Gemäss dem Statistischen Amt nehmen die Einwohnerzahlen im Kanton Basel-Stadt weiterhin fortlaufend ab. Die grassierende Stadtflucht – verbunden mit der Zunahme des Ausländeranteils – ist weiterhin eine Herausforderung, welcher sich der Regierungsrat stellen muss.

Deshalb wird der Regierungsrat angefragt,

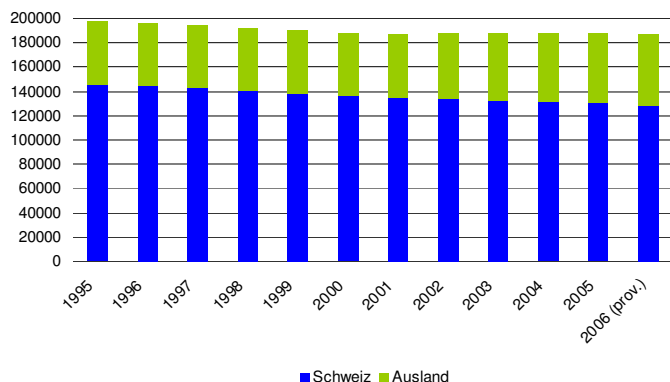
- was der Regierungsrat gedenkt gegen die sinkenden Einwohnerzahlen zu unternehmen?
- Auf welches Jahr eine Trendwende prognostiziert werden kann und auf welche Zahl sich die Wohnbevölkerung ungefähr belaufen wird?
- Ob der Wegzug der Bevölkerung mit den im Vergleich zu Nachbarkantonen hohen Steuern begründet werden kann? Gibt es weitere Beweggründe, auf welche man politischen Einfluss nehmen könnte? “
- Wie sich der Ausländeranteil in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich entwickeln wird (gegenwärtig um die 30%)?

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Fragen zur Entwicklung des Kantons und der Stadt sind zentral und müssen von Politik und Verwaltung immer wieder gestellt werden. Der Regierungsrat informiert sich regelmässig

Wohnbevölkerung am Jahresende

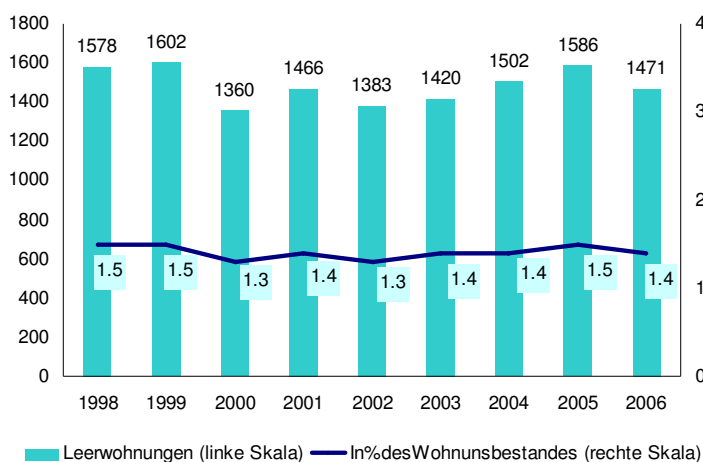


über die laufende Entwicklung und lässt im Bedarfsfall auch Analysen erstellen, um die Grundlage für die Ableitung von Massnahmen zu haben. 1998 hat er als Reaktion auf den damals tatsächlich deutlichen Bevölkerungsrückgang mit der Werkstadt Basel ein grosses Projekt gestartet. Daraus hervorgegangen sind die bis heute wirksamen Impulsprojekte „Wohnumfeldaufwertung“, „Logis Bâle“ und „Rhein“.

Generell hat seither das Thema Stadtentwicklung an Bedeutung gewonnen, was sich auch im Politikplan ablesen lässt.

Aktuell kann sicher nicht, wie der Fragesteller schreibt, von einer „grassierenden Stadtflucht“ gesprochen werden; die Bevölkerungszahl hat sich in den letzten Jahren weitgehend stabilisiert und zeigt nur noch eine geringe Abnahmetendenz. Für das Jahr 2006 liegen erst provisorische Werte vor, die Abnahme beträgt demnach 588 Personen. Aufgrund der Erfahrung kann damit bei den zu erwartenden definitiven Zahlen von einer Abnahme von ca. 200 Personen gerechnet werden (vgl. <http://www.statistik-bs.ch/themen/01/bevjahr2006>).

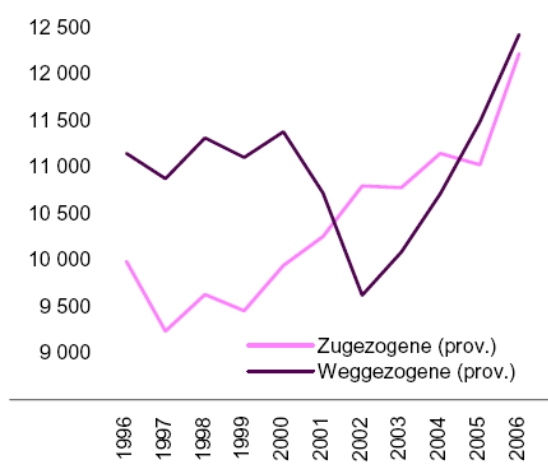
Leerwohnungen seit 1998



Analysen des Statistischen Amtes auf der Basis der eidgenössischen Gebäude- und Wohnungszählung zeigen, dass die sinkende Bevölkerungszahl stark auf den steigenden Raumbedarf der Bevölkerung zurück zu führen ist. Allein zwischen 1990 und 2000 hat sich die mittlere Wohnfläche der Einwohnerinnen und Einwohner um 4 m² vergrössert; das entspricht einer Zunahme von 10 %. Im Gegenzug bewegt sich die Leerwohnungsquote in den letzten Jahren gleichmässig im mittleren Bereich von 1,3 % bis 1,5 %.

Würde man die 1471 Leerwohnungen der Berechnung 2006 mit der durchschnittlichen Wohnungsbelegung von 1.8 Personen berechnen, hätte der Kanton rund 2650 Einwohnerinnen und Einwohner mehr – allerdings gäbe es dann auch keinen funktionierenden Wohnungsmarkt mehr.

Zu- und Weggezogene seit 1996



Bezüglich der Wanderungsdynamik ist jedoch im Vergleich zu vor zehn Jahren eine Veränderung feststellbar. Die Zu- und Wegzüge halten sich in den letzten drei Jahren auf einem ständig steigenden Niveau fast die Waage. Zudem sind in der Zusammensetzung nach Staatsangehörigkeit Verschiebungen feststellbar. Es steht darum nun eher die Frage im Vordergrund, wie sich die Bevölkerungsgruppen der Zu- und der Wegziehenden unterscheiden und welches heute die Beweggründe für den Weg- und eben auch den Zuzug sind. Der Regierungsrat hat darum beschlossen, Anfang 2008, zehn Jahre nach der ersten Wanderungsbefragung, eine zweite durchführen zu lassen. Parallel dazu soll eine umfassende Wanderungsanalyse erarbeitet werden.

2. Beantwortung der konkreten Fragen

Mit Bezug auf die oben stehenden Ausführungen beantworten wir die Fragen wie folgt:

Was gedenkt der Regierungsrat gegen die sinkenden Einwohnerzahlen zu unternehmen?

Im Politikplan 2007–2010 skizziert der Regierungsrat mit „Basel 2020“ seine mittel- bis langfristig ausgerichtete politische Linie, die eine integrale Kantons- und Stadtentwicklung verfolgt und zum Ziel hat, Basel-Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten und weiter zu stärken. Der Regierungsrat setzt damit auf eine noch stärker und langfristiger fokussierte Fortführung der bisherigen Politik.

Auf welches Jahr kann eine Trendwende prognostiziert werden und auf welche Zahl wird sich die Wohnbevölkerung ungefähr belaufen?

Es wird keine Trendumkehr geben, solange der Wohnflächenbedarf pro Person weiter steigt. Die vor anderthalb Jahren durch Wüest & Partner erstellte Bevölkerungsprognose, die im Gegensatz zur Prognose des Bundesamtes für Statistik neben demographischen Faktoren zusätzlich die absehbare Wohnbautätigkeit und den Wohnflächenbedarf in der Berechnung berücksichtigt, geht über die ganze Berechnungsdauer von 25 Jahren (bis 2030) für den Kanton Basel-Stadt von einem kontinuierlichen leichten Rückgang der Bevölkerung auf 180 400 Personen aus. Der geplante Wohnungsbau kann mit dem Mehrverbrauch an Wohnraum nicht ganz Schritt halten. Es ist zudem ein Zusammenhang zwischen der Konjunktur und dem Wohnflächenbedarf feststellbar – je besser die Wirtschaft läuft, desto mehr Raum leisten sich die Menschen. Daraus ist zu schliessen, dass der Rückgang der Bevölkerung dann grösser ausfallen wird, wenn die Wirtschaft floriert oder aber, wenn weniger Wohnungen gebaut werden als geplant.

Kann der Wegzug der Bevölkerung mit den im Vergleich zu Nachbarkantonen hohen Steuern begründet werden? Gibt es weitere Beweggründe, auf welche man politischen Einfluss nehmen könnte?

In der Wanderungsbefragung von 1998 haben 8,3 % der weggezogenen Haushalte angegeben, dass die Steuern der ausschlaggebende Grund für diesen Schritt waren. Insgesamt wurden aber weit mehr die persönliche Situation oder die Wohnung bzw. das Wohnumfeld genannt. In der Zwischenzeit hat das politische und mediale Interesse an der Steuerfrage und dem Steuerwettbewerb stark zugenommen, so dass heute vermutlich mehr Weggezogene die Steuern als Grund anführen würden. Aufschluss über die aktuellen Wanderungsgründe wird die Wanderungsbefragung 2008 geben können.

Wie wird sich der Ausländeranteil in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich entwickeln (gegenwärtig um die 30%)?

Prognosen können die Wirklichkeit nur sehr vereinfacht abbilden, hypothetische gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische, ökologische, usw. Veränderungen fliessen allenfalls sehr begrenzt ein, da sie nur sehr kurzfristig abgeschätzt werden können. Ändert sich über die nächsten 15 Jahre u.a. weder der Umfang der Zuwanderung noch die Einbürgerungspraxis und -bereitschaft und/oder die Geburtenrate ergibt sich in der Prognose von Wüest & Partner für das Jahr 2022 eine Zahl von 57 381 Ausländerinnen und Ausländern entsprechend einem Ausländeranteil von 31,4 %.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber